

Die Tagesordnung der Nationalversammlung.

Auf der heute ausgegebenen Tagesordnung der morgen Freitag den 30. Mai um 11 Uhr vormittags stattfindenden (19.) Sitzung der konstituierenden Nationalversammlung befinden sich folgende Beratungsgegenstände: 1. Gesetz über die Errichtung und Unterbringung von Volkspflegestätten (Schlößergesetz); 2. das Gesetz über die Enteignung von Wirtschaftsbetrieben; 3. die Salzburger Leihschuldenverschreibung; 4. Antrag Kunschak, Dr. Stumpf und Genossen, betreffend Maßnahmen zur Behebung des Supplentenelends; 5. Antrag Dr. Burjan und Genossen, betreffend die Errichtung von staatlichen land- und hauswirtschaftlichen Schulen. — In einer gestern ausgegebenen Tagesordnung war das Wiederbesiedlungsgesetz als fünfter Punkt angeführt, das nun wieder verschoben ist.

Christlichsoziale Beamtenfürsorge.

Eine Reihe von Anträgen der Christlichsozialen, betreffend die Besserstellung verschiedener Kategorien der Staatsangestellten und Staatspensionisten, wurden gestern im Finanz- und Budgetausschusse der Nationalversammlung behandelt. Das Referat erstattete Abg. Dr. Michael Mayr, der insbesondere darauf hinwies, daß die christlichsozialen Anträge auf alle Fälle von großer Bedeutung für die bevorstehende allgemeine und einseitliche Neuordnung des Dienstverhältnisses aller Staatsangestellten seien. — Der Antrag der Abg. Dr. Reich, Dr. Kamef, Dr. Seipel, betreffend die Einsetzung einer Kommission zur Vorbereitung einer Entschuldungsaktion der Staatsangestellten, wurde vorläufig zurückgestellt. Den Anträgen Dr. Seipel, Dr. Reich, Paulitsch, betreffend die Pragmatifizierung der Buchführerinnen, Kalkulantinnen und Disponentinnen des Postsparkassenamtes, hat die Regierung bereits Rechnung getragen. Die Durchführung des Antrages Dr. Reich, betreffend die Uebernahme jener Beamten der Gruppe C, welche alle drei juristischen Staatsprüfungen abgelegt haben, in die Gruppe A, erfolgt anlässlich der allgemeinen Neuordnung, sofern die Betreffenden die Ablegung der praktischen Prüfung nachweisen. Dem Antrage Dr. Seipel, Dr. Reich, betreffend die Regelung der Dienstes- und Bezugsverhältnisse der aus den auf ehemaligem österreichischen Boden neuerrichteten Nationalstaaten vertriebenen Staatsangestellten deutschen Stammes, konnte augenblicklich keine Folge gegeben werden, doch erhalten diese Staatsangestellten eine Verwendungszulage. Bezüglich des Antrages Dr. Anton Maier, Fischer, betreffend die Pragmatifizierung der staatlichen Steuerexekutoren, laufen Verhandlungen; die Steuerexekutoren werden bestimmt unter die Unterbeamten eingereiht. Auch dem Antrage Födermahr, betreffend die Besserstellung der Staats- und der Bezirksförster, wird anlässlich der Beförderungsreform Rechnung getragen; sie kommen in die Kategorie der Unterbeamten. Sämtliche sonstigen Anträge, sowie die Anträge Keschmahr, Födermahr, betreffend die Einreihung der Stadt Steyr in eine höhere Aktivitätszulagenklasse, Dr. Seipel, Dr. Kamef, Dr. Reich, betreffend die Erhöhung der Feuerungszulagen und Anschaffungsbeiträge für die Staatsbediensteten aller Kategorien, wurden der Regierung zur Würdigung übermittelt.

Gemäß dem Antrage Kunschak, Dr. Stumpf, betreffend die Behebung des Supplentenelends, wird Abg. Dr. M. Mayr morgen in der Nationalversammlung über die finanzielle Seite des Antrages Bericht erstatten und die sofortige Zuweisung desselben an den Unterrichtsausschuß zwecks Beratung der sachlichen Fragen beantragen.

Der Antrag der Abg. Dr. A. Maier, Fischer, Steinegger, betreffend die Auszahlung der Zuwendungen für die Staatspensionisten, Witwen und Waisen, ist bereits günstig erledigt. Die Anträge Keschmahr, Födermahr, bezüglich der Erhöhung der Pensionen der staatlichen Arbeiter und Beamten, Dr. Kamef, betreffend die Erhöhung der Aufgebühre der Staatsbediensteten und Staatslehrpersonen des Ruhestandes, sowie der Pensionen und Erziehungsbeiträge für Witwen, bzw. Waisen nach Staatsbediensteten, Schönsteiner, betreffend die Gewährung von Pensionenzulagen an staatliche Mittelschuldirektoren, Frau Dr. Burjan, betreffend die Pensionserhöhung für die ab 1. Oktober 1918 pensionierten Postadjuvantinnen, und Dr. Seipel, Dr. Reich, betreffend die sofortige materielle Besserstellung der deutschösterreichischen Altpensionisten, wurden der Regierung zur besonderen Würdigung abgetreten.

Die Wünsche der Supplenten.

Gestern erschien eine Abordnung des Wiener Ortsausschusses der Supplenten im Parlament und sprach beim Abg. Prof. Mayr sowie bei einigen anderen Abgeordneten vor und dankte dafür, daß sich die Nationalversammlung endlich mit der überaus traurigen Lage der Supplenten befasse; die vom Finanzausschusse beschlossene einmalige Aushilfe bedeute jedoch in Anbetracht der großen Verschuldung des Supplentenstandes nur einen Tropfen; eine wirkliche Hilfe könne nur die Regelung der rechtlichen Stellung der Supplenten zum Staate bringen. Die Supplenten mögen gleich den Volks- und Bürgerschullehrern nach zwei Dienstjahren definitiv angestellt werden, und zwar solle dies sofort durch eine provisorische Vollzugsanweisung geschehen. Das Verlangen, den Kriegsteilnehmern die Kriegsjahre in die Dienstzeit einzurechnen, sei gewiß ein berechtigtes, da man die gleiche Forderung den Juristen bereits bewilligte.

Abg. Prof. Mayr erwiderte, daß die christlichsoziale Partei sich mit allem Nachdrucke für die Forderungen der Supplenten eingesetzt habe, leider war eine größere Aushilfe, als die vom Ausschusse beschlossene, nicht durchzusetzen. Im übrigen komme die Frage, betreffend die Regelung des Dienstverhältnisses der Supplenten, mit einem Antrag Kunschak und Prof. Stumpf im Unterrichtsausschusse zur Verhandlung, wo die Partei gewiß nicht versäumen werde, für die Interessen dieses Standes einzutreten.

Christlichsoziale Heerjahn in Stoderau.

Aus Stoderau wird uns berichtet: Eine eindrucksvolle und erhebende Massenversammlung tagte heute hier in der Schießstätte. Obmann des Bezirksbauernrates Peter Jdinger als Vorsitzender und Bürgermeister Gajinich sprachen Worte herzlichster Begrüßung. Landtagsabgeordneter Lang (Eggendorf) legte in kräftigen Worten die Notwendigkeit eines mächtigen Ausbaues der bäuerlichen Organisation und deren feste Zugehörigkeit zur christlichsozialen Partei dar. Namens der christlichsozialen Städteorganisation sprach Professor Dr. Czermak und führte aus, daß trotz aller gegnerischen Anstürme der Stern unseres Volkes gesund geblieben, die von Bueger gepflanzte christliche Volkspartei aufrecht geblieben und insbesondere im Viertel unter dem Manhartsberg ihre unerschütterliche Festigkeit in den heurigen Wahlschlachten erwiesen habe. Direktor Sturm vom Niederösterreichischen Bauernbund begrüßte es freudig, daß der christlich-deutsche Bauernstand mit starker Hand eingreife, um in zielbewusster Arbeit die ärgste Not zu bannen und unserer Heimat eine bessere Zukunft zu schaffen. Deutsche Bauern, Bürger und Arbeiter stehen heute einmütig vereint, mit dem Schwure auf den Lippen: Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, es eint uns die Not, wir schmieden eine neue Heimat!

Nach Absingung des Bauernbundesliedes hielt Unterstaatssekretär Dr. Erwin Wais eine begeisterte Rede, in welcher er zur unbedrossenen Arbeit aufmunterte. Wir brauchen Menschen, sagte er, die zur Ruhe, zur gegenseitigen Liebe und Eintracht mahnen die nicht Zwietracht säen und der Arbeit nicht aus dem Wege gehen. Gottlob gewinnen auch unsere Heimkehrer besonders die aus dem Bauernstande, immer mehr die allen so notwendige Ruhe und wenden sich von der allzuviel versprechenden Partei der roten Weltbeglucker ab. Ist unser Volk und Vaterland nun auch bettelarm, die Arbeit kann uns wieder retten und anstellen Agitation von Mann zu Mann, Ausbau der Presse, Stärkung der Organisation muß bewirken, daß bei den nächsten Wahlen in zwei Jahren allüberall die christlichsoziale Fahne flattert. Gutswärter Schinhan, Obmann der Stoderauer Lagerhausgenossenschaft, behandelte wirtschaftliche Fragen, besonders die geplante Errichtung einer Zudersfabrik, zu deren Finanzierung das jüdische Großkapital sich geradezu zudringlich antrage.

Alle Redner lösten stürmischen Beifall und helle Begeisterung aus, die sich nach der Versammlung in einem imposanten Festzug durch die Straßen der Stadt kundgab. Wohl an 2000 Personen marschierten in Viererreihen mit der durch den Zellerndorfer Burschenverein verstärkten Musikkapelle des katholischen Gesellenvereines Stoderau. In dessen Heim versammelten sich nachmittags einige hundert Orts- und Bezirksbauernräte und Bürgermeister und nahmen mit großem Beifall ein Prekrefrat des Redakteurs Parla („Neues Wochenblatt“) und eine praktische Instruktion des Direktors Sturm über die Stellung der Christlichsozialen zu den Tagesfragen entgegen.